

Walden Bello, 2003

Globalisierung in der Sackgasse

Globalisierung ist die beschleunigte Integration von Kapital, Produktion und Märkten weltweit, ein Prozess, der von der Logik der Unternehmensgewinne angetrieben wird.

Die Globalisierung ist bisher in **zwei Phasen** verlaufen:

Die erste dauerte von Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914; die zweite von Anfang der achtziger Jahre bis heute. Die Zeit dazwischen war gekennzeichnet von der Dominanz nationaler kapitalistischer Wirtschaftssysteme, die sich durch ein deutliches Maß an staatlicher Intervention auszeichneten, und einer internationalen Wirtschaft mit starken Beschränkungen für Handels- und Kapitalströme. (...)

Wie in der ersten Phase der Globalisierung war auch **die zweite Phase** gekennzeichnet durch die zunehmende Vorherrschaft der **Ideologie des Neoliberalismus**, die sich darauf fokussierte, über eine beschleunigte Privatisierung, Deregulierung und Handelsliberalisierung "den Markt zu befreien". Es gab, grob gesagt, zwei Versionen der neoliberalen Ideologie - eine "harte" Thatcher-Reagan-Version und eine "weiche" Blair-Soros-Version (Globalisierung mit "Sicherheitsnetz"). Aber beide Ansätze beruhten auf dem Entfesseln der Kräfte des Marktes und dem Aufheben oder Aushöhlen von Beschränkungen, die Arbeitsmarkt, Staat und Gesellschaft transnationalen Firmen auferlegt hatten.

Drei Momente der Globalisierungskrise

Es gab drei wichtige Momente in der immer größer werdenden Krise des Globalisierungsprojekts.

Der erste Moment war die **Finanzkrise in Asien 1997**. Dieses Ereignis, das die stolzen "Tiger" Ostasiens zu Boden streckte, zeigte, dass einer der Schlüsselgrundsätze der Globalisierung - die **Liberalisierung** des Kapitalkontos zur Förderung des freieren Flusses von Kapital, insbesondere von Finanz- oder Spekulationskapital - äußerst **destabilisierend** sein konnte. (...) Wie zutiefst destabilisierend eine Kapitalmarktliberalisierung sein konnte, zeigte sich, als innerhalb nur weniger Wochen eine Million Menschen in Thailand und 21 Millionen in Indonesien unter die Armutsgrenze rutschten.

Die Asienkrise war das "Stalingrad" des **IWF**, des maßgeblichen globalen Sachwal-

ters der liberalisierten Kapitalströme. Seine Erfolgsbilanz bei dem ehrgeizigen Unternehmen, einige 100 Entwicklungs- und Übergangswirtschaftssysteme einer "Strukturanpassung" zu unterwerfen, wurde noch einmal hervorgehoben, und diverse Tatsachen, auf die Organisationen wie das UN-Entwicklungsprogramm und die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) bereits Ende der achtziger Jahre hingewiesen hatten, erhielten nun den Status von Realitäten. Strukturanpassungsprogramme, die dazu dienen sollten, die Deregulierung, Handelsliberalisierung und Privatisierung zu beschleunigen, hatten fast überall die Stagnation institutionalisiert, die Armut verstärkt und die Ungleichheit erhöht.

Ein Paradigma ist wirklich in einer Krise, wenn seine besten Befürworter sich von ihm abwenden(...): **Schlüsselintellektuelle wanderten ab** - unter ihnen **Jeffrey Sachs**, der zuvor bekannt war für seine Befürwortung der Schocktherapie des "freien Marktes" in Osteuropa Anfang der neunziger Jahre; **Joseph Stiglitz**, früherer Chefökonom der Weltbank; **Jagdish Bhagwati**, Professor an der Columbia-Universität, der globale Kontrollen der Kapitalflüsse forderte; und der **Finanzier George Soros**, der den Mangel an Kontrollen in dem globalen Finanzsystem verurteilte, dem er seinen Reichtum zu verdanken hatte.

Der zweite Moment der Krise des Globalisierungsprojekts war der **Abbruch der dritten WTO-Konferenz in Seattle im Dezember 1999**. Seattle war die fatale **Schnittstelle dreier Unzufriedenheits- und Konfliktströmungen**, die sich bereits über einen längeren Zeitraum aufgebaut hatten:

Die **Entwicklungsländer** ärgerten sich über die Ungleichheiten der Vereinbarungen der Uruguay-Runde, die sie sich 1995 genötigt fühlten zu unterschreiben. Es entwickelte sich weltweit aus einer Unzahl von Bereichen der globalen Zivilgesellschaft, wie Bauern, Fischer, Gewerkschafter und Umweltschützer, eine **massive Opposition aus der Bevölkerung**. Da sie in vielen ihrer Abkommen eine Bedrohung für das Wohlergehen jedes einzelnen Sektors darstellte, schaffte es die WTO, die globale Zivilgesellschaft gegen sich zu vereinen. Es gab **ungelöste Handelskonflikte zwischen der EU und den USA**, insbesondere im Agrarbereich, die in der Vereinbarung der Uruguay-Runde einfach übertüncht worden waren.

Diese drei brisanten Elemente zusammen verursachten die Explosion in Seattle, die Entwicklungsländer rebellierte im Convention Center von Seattle gegen das Diktat des Nordens, 50.000 Aktivisten veranstalteten Massendemonstrationen in den Straßen, und ihre eigenen Differenzen hinderten EU und USA daran, im Einvernehmen zu handeln, um die Konferenz zu retten. In einem Moment der Klarheit direkt nach dem Debakel von Seattle erfasste der britische Minister Stephen Byers den Kern der Krise: "**Die WTO wird nicht in ihrer gegenwärtigen Form weitermachen können. Es sind grundlegende und radikale Änderungen nötig, damit sie die Bedürfnisse und Hoffnungen aller 134 Mitglieder erfüllen kann.**"

Der dritte Moment der Krise war der **Absturz des Aktienmarktes und das Ende des Clinton-Booms**. Das war nicht nur das Platzen der Spekulationsblase, sondern eine rüde Neuauflage der klassischen kapitalistischen Krise der Überproduktion, die sich vor allem in massiven Überkapazitäten ausdrückte. Vor dem Crash waren die Unternehmensgewinne in den USA seit 1997 nicht gestiegen. Dies hatte mit Überkapazitäten im industriellen Sektor zu tun, das eklatanteste Beispiel war der angeschlagene Telekommunikationssektor, wo nur 2,5 Prozent der weltweit installierten Kapazitäten genutzt wurden. Die Stagnation der realen Wirtschaft führte dazu, dass Kapital in den Finanzsektor verlagert wurde, was zu dem schwindelerregenden Anstieg der Aktienwerte führte. Aber da die Rendite im Finanzsektor nicht zu weit von der Ertragskraft der realen Wirtschaft abweichen kann, war ein Absturz der Aktienwerte unvermeidlich, und der geschah im März 2001 und führte zu der anhaltenden Stagnation und dem Beginn der Deflation.(...)

Umweltkrise und kapitalistische Legitimität

(...) Die Umweltkrise hat sich als ein zentraler Faktor herausgestellt, der dem Globalisierungsprojekt, eigentlich sogar dem Kapitalismus, als einer Form der wirtschaftlichen Organisation, die Legitimität entzieht.

Sowohl vor als auch nach dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hatte man das Gefühl, dass die Umweltsituation weltweit zwar immer schlimmer wurde, das Bewusstsein dieser Tatsache jedoch zur Einrichtung der nötigen globalen institutionellen und juristischen Mechanismen führte, um das Problem

anzugehen. Als der Rio-Gipfel **die Agenda 21** beschloss, ein globales Programm zur Verbesserung des Umweltschutzes, das seine Entsprechung in nationalen Programmen haben würde, schien dies ein großer Schritt nach vorn zu sein im Hinblick auf eine globale Zusammenarbeit. Die späten achtziger und frühen neunziger Jahre waren außerdem eine Zeit, in der eine Reihe **multilateraler Umweltabkommen** unterzeichnet wurden, die einen wichtigen Schritt darzustellen schienen für eine Umkehrung der globalen Umweltkrise, wie das Montreal-Protokoll, das zum Schutz der Ozonschicht Kontrollen für die FCKW-Produktion einführte, und das CITES-Abkommen (das Washingtoner Artenschutzabkommen), das dem Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten strenge Kontrollen auferlegte. Und mit Bill Clinton und Al Gore schien man ab 1992 auch eine umweltschutzpolitisch korrekte Regierung zu haben.

Diverse Entwicklungen brachten diesen Prozess zu einem Stillstand.

1. Zunächst die Einrichtung der **WTO**. Wie Ralph Nader sagte - für die WTO gingen die Geschäfte der Unternehmer "über alles" (auf Deutsch! d.Ü.), d.h. über praktisch alle Dimensionen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens außer der nationalen Sicherheit. Mit anderen Worten - Gesetze, die natürliche Ressourcen und die Umwelt schützten, mussten geändert werden, wenn man der Meinung war, sie legten Normen fest, die unfair gegenüber ausländischen Handelsinteressen waren. In einer Reihe spektakulärer Fälle - der Thunfisch-Delfin-Fall zwischen den USA und Mexiko, der Shrimp-Schildkröten-Streit, in dem sich die USA und die asiatischen Länder gegenüberstanden - schien es, als würden nationale Umweltgesetze dem Freihandel untergeordnet. Die Entwicklung schien den Umweltschutz in den einzelnen Ländern auf den kleinsten gemeinsamen Nenner herunterzudrücken, anstatt ihn auf einen möglichst hohen Standard zu bringen.

2. Zweitens schreckte die aggressive Vorgehensweise von Seiten der Unternehmen beim **Einsatz modernster Lebensmittel- und Biotechnologie** Umweltschützer und Bürgerschaften weltweit auf. Das EU-Verbot für hormonbehandeltes Rindfleisch aus den USA - als Reaktion auf die Forderungen der Bevölkerung in Europa - bestand weiter, obwohl die WTO es als illegal betrachtete. Ebenso führten **gentechnische** Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion und der gleichzeitige Widerstand gegen die Verwendung von Umweltzeichen durch US-Firmen wie Monsanto zu einem Verbraucher-Backlash in Europa und anderen Teilen der Welt, wobei das Vorsorgeprinzip als eine mächtige Waffe gegen das "Sound-Science"-Kriterium der US-Unternehmen eingesetzt wurde (Entscheidung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auf der Basis gesundheits- oder nährwertrele-

vanter Daten). Außerdem führte der aggressive Versuch US-amerikanischer Biotech-Firmen, Patente auf Lebensformen und Samen auszudehnen, zu starkem **Widerstand** bei Landwirten, Verbrauchern und Umweltschützern gegen das, was sie als "Privatisierung" des seit Urzeiten bestehenden Wechselspiels zwischen der Natur und den Gemeinwesen bezeichneten.

3. Drittens wurde der starke **Widerstand des US-amerikanischen Industriesektors** gegen die Anerkennung der Tatsache der **globalen Erwärmung**, zu einem Zeitpunkt, da die Eiskappen an den Polen immer schneller schmolzen, als ein **dreister Versuch** wahrgenommen, Profit über das Interesse der Allgemeinheit zu stellen. Diese Wahrnehmung konnte sich nur verstärken als es den Unternehmen während der Clinton-Regierung gelang, einen gemeinsamen globalen Vorstoß, die globale Erwärmung effektiv anzugehen, zu blockieren - und später definitiv zunichte zu machen, als sich die Bush-Regierung weigerte, das Kyoto-Protokoll gegen den Klimawandel, das sowieso schon schwach genug war, zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Die aggressive **umweltfeindliche Haltung der US-Unternehmen** war einer der Faktoren, die selbst in den USA zu einem großen Misstrauen gegenüber der Industrie führten, wo 72 Prozent der Amerikaner im Jahr 2000 in einer Umfrage der Business Week angaben, die Industrie habe "zu viel Macht über ihr Leben", worauf das führende Wirtschaftsblatt der USA die US-amerikanischen Unternehmer warnte: "Ihr seid selber schuld, wenn ihr diese Warnungen ignoriert."

Gleichzeitig hatten die **Entwicklungsländer** den Eindruck, mit der Forderung, der Ausstoß der Entwicklungsländer an Treibhausgasen müsse praktisch denselben Beschränkungen unterworfen werden wie bei den Industrieländern, bevor Washington das Kyoto-Abkommen unterschreiben würde, benutzten die USA Umweltargumente, um die Entwicklung der Entwicklungsländer zu verlangsamen. Und dieser Verdacht war sicher nicht unbegründet, denn die Leute in der Bush-Administration hatten China im Visier, dessen rasche Entwicklung als eine strategische Gefahr für die USA betrachtet wurde. Der Umweltschutz wurde von den USA eingesetzt in dem Bemühen, sich den geo-ökonomischen, geopolitischen Vorteil zu erhalten.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hatte sich der globale Konsens, den der Rio-Gipfel darstellte, dann bereits aufgelöst und brach praktisch zusammen unter der massiven **Greenwashing-Kampagne der Industrie**, die durch den Welt-Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im September 2002 (auch als **Rio+10**

bekannt) ausgelöst wurde. Die "nachhaltige Entwicklung", eine Vision, die wirtschaftliches Wachstum mit ökologischer Stabilität in Einklang bringen sollte, blieb auf der Strecke(...)

Vor einigen Jahren meinten viele, dass ein langsames Wachstum und niedrigere Verbrauchsraten der Schlüssel zur Stabilisierung der Umwelt, und dies ließ sich durch bewusste politische Entscheidungen, die die Öffentlichkeit unterstützte, erreichen.

Immer mehr weicht diese Analyse der **radikaleren Ansicht, dass die Hauptschuld bei einer ungehemmten kapitalistischen Produktionsform** liegt, die unaufhörlich die Gaben der Natur in Wirtschaftsgüter verwandelt und ständig neue Bedürfnisse schafft. Der Kapitalismus erodiert konstant das In-der-Natur-Sein (Kreatur) und In-der-Gesellschaft-Sein (Bürger) von Mann und Frau und formt, während er sie als Arbeiter ihrer Lebensenergie beraubt, gleichzeitig ihr Bewusstsein um eine einzige Rolle herum: die des Verbrauchers. Der Kapitalismus hat viele "Gesetze der Bewegung", aber eines der destruktivsten im Hinblick auf die Umwelt ist Says Gesetz, das besagt, dass das Angebot seine eigene Nachfrage schafft. **Der Kapitalismus ist eine Nachfrage schaffende Maschine, die die lebendige Natur in tote Wirtschaftsgüter und natürlichen Reichtum in totes Kapital verwandelt.**

Kurz - der Umweltschutz hat im Laufe des letzten Jahrzehnts seinen radikalen Ansatz wiedererlangt und ist von der Kritik an der Globalisierung übergegangen zu einer Kritik an der Dynamik des gesamten Kapitalismus. (...)

Die Wirtschaft und Politik der Überdehnung

Angesichts der engen Verknüpfung mit strategischen Zielen muss jede Diskussion der voraussichtlichen Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Bush-Administration sowohl den Zustand der US-Wirtschaft und die Weltwirtschaft berücksichtigen als auch den größeren strategischen Rahmen. Eine wichtige Basis für ein erfolgreiches imperiales Management ist eine expandierende nationale und globale Wirtschaft - was durch die andauernde Periode der Deflation und Stagnation, die vor uns liegt, verhindert wird, die eher interkapitalistische Rivalitäten schüren dürfte.

Außerdem gehören nicht nur wirtschaftliche und politische Ressourcen dazu, sondern auch politische und ideologische Ressourcen. Denn ohne **Legitimität** - ohne das, was Gramsci "den Konsens" der Dominierten nannte, dass ein Herrschaftssystem gerecht ist - kann ein imperiales Management nicht stabil sein.

(...) Während seines Kampfes gegen den Kommunismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fand Washington eine

politische Formel zur Legitimierung seines globalen Einflussbereiches. Die beiden Elemente dieser Formel waren **Multilateralismus** als ein System globaler Regierung und **freiheitliche Demokratie**. Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges waren in der Tat Erwartungen einer modernen Version der Pax Romana weitverbreitet. In liberalen Kreisen hoffte man, die USA würden ihren Status als alleinige Supermacht nutzen, um eine multilaterale Ordnung zu untermauern, die ihre Vorherrschaft institutionalisieren, aber auch weltweit einen Augusteischen Frieden garantieren würde. Das war der Pfad der Wirtschaftsglobalisierung und multilateralen Governance. Das war der Pfad, den George W. Bushs Unilateralismus auslöschte. (...) Es wird extrem schwierig sein, die moralische Vision wiederherzustellen, die nötig wäre, um einen Konsens für eine Vorherrschaft der USA zu schaffen. **Tatsächlich denkt man heutzutage in Washington, das effektivste Mittel, Konsens herzustellen, sei die Androhung von Gewalt.** Darüber hinaus ist das eigentliche Ziel einflussreicher neokonservativer Autoren wie Robert Kagan und Charles Krauthammer offensichtlich, trotz ihres Geredes über die Verbreitung von Demokratie in der arabischen Welt: Die Manipulation der Mechanismen freiheitlicher Demokratie zur Schaffung eines pluralistischen Wettbewerbs, der die arabische Einheit zerstören würde. Den Arabern die Demokratie zu bringen, war weniger ein nachträglicher Einfall als vielmehr ein nicht ganz ernst gemeinter Slogan.

Die Bush-Leute haben kein Interesse daran, eine neue Pax Romana zu schaffen. Was sie wollen, ist eine **Pax Americana**, in der die meisten untergeordnete Bevölkerungen, wie die Araber, in Schach gehalten werden von einem gesunden Respekt für die tödliche amerikanische Macht, während die Loyalität anderer Gruppen, wie der philippinischen Regierung, mit dem Versprechen von Cash

erkauft wird. Ohne eine moralische Vision, mit der sich die globale Mehrheit an das imperiale Zentrum binden ließe, kann diese Art imperialen Managements nur eines hervorrufen: **Widerstand**. Das große Problem des Unilateralismus ist die **Überdehnung**, oder ein Missverhältnis zwischen den Zielen der Vereinigten Staaten und den Ressourcen, die nötig sind, um diese Ziele zu erreichen. **Überdehnung ist relativ. D.h. sie ist weitgehend eine Frage des Widerstandes.** Eine überdehnte Macht kann, selbst bei deutlicher Verstärkung ihrer militärischen Macht, anschließend in einem schlechteren Zustand sein, falls der Widerstand gegenüber seiner Macht in noch höherem Maße steigt. Zu den **Schlüsselindikatoren der Überdehnung der USA** gehören:

- Washingtons fortwährendes Unvermögen, eine neue politische Ordnung im **Irak** herzustellen, die als eine sichere Grundlage für die Kolonialherrschaft dienen würde;
- sein Unvermögen, in **Afghanistan** ein amerikafreundliches Regime außerhalb von Kabul zu konsolidieren;
- die Unfähigkeit eines maßgeblichen Verbündeten, **Israel**, selbst mit der uneingeschränkten Unterstützung Washingtons den Aufstand des palästinensischen Volkes zu unterdrücken;
- das Entflammen arabischer und muslimischer Gefühle im Nahen und Mittleren Osten, in Südasiens und Südostasiens, was zu massiven **ideologischen Zugewinnen für islamische Fundamentalisten** führt - genau das, was Osama bin Laden von Anfang an wollte;
- der Zusammenbruch der atlantischen Allianz des Kalten Krieges und die Entstehung einer neuen, mit gleicher Kraft entgegenwirkenden Allianz, in deren Zentrum **Deutschland und Frankreich** stehen;

- das Schmelzen einer starken Bewegung der globalen Zivilgesellschaft gegen den Unilateralismus, Militarismus und die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA, die gegenwärtig maßgeblich in der globalen **Antikriegsbewegung** ihren Ausdruck findet;
- die Regierungsübernahme anti-neoliberaler, anti-US-amerikanischer Bewegungen vor Washingtons eigener Haustür - **Brasilien, Venezuela und Ecuador**, während die Bush-Administration mit dem Nahen Osten beschäftigt ist;
- immer negativere Auswirkungen des **Militarismus** auf die US-Wirtschaft, je mehr die Militärausgaben neue **Staats-schulden** nötig machen und je mehr die Schuldenaufnahme von der Finanzierung durch ausländische Quellen abhängt, was weitere Belastungen bedeutet innerhalb einer Wirtschaft, die bereits heftig mit der Stagnation zu kämpfen hat.

(...) Wir befinden uns jetzt - um es kurz zu machen - in einem **historischen Strudel**, der gekennzeichnet ist durch eine dauerhafte Wirtschaftskrise, die Ausbreitung globalen Widerstands, das Wiedererstarben des Machtgleichgewichts zwischen zentralen Staaten und das Wiederauftauchen akuter inter-imperialistischer Widersprüche. Wir sollten einen gesunden Respekt vor der Macht der USA haben, aber wir dürfen sie auch nicht überschätzen. Es sieht so aus, als wären die USA massiv überdehnt und als wäre das, was wie der Ausdruck von Stärke aussieht, tatsächlich strategische Schwäche.

(Verfasst für die McPlanet-Konferenz in Berlin am 27. Juni 2003. Die Originalversion dieses Texts erscheint in der Herbstausgabe des „New Labor Forum“.)
 Übersetzung: Karin Ayshe, ehrenamtliche Übersetzerin, cooditrad@attac.org
Focus on the Global South.
www.focusweb.org
 Vollständiger Text in SiG 25

Walden Bello, 2009

Die Vorzüge der Deglobalisierung

Der gegenwärtige weltweite Abschwung – der stärkste seit der Weltwirtschaftskrise vor 70 Jahren – hat den letzten Nagel in den Sarg der Globalisierung getrieben. In den vergangenen beiden Jahren hat sich die Globalisierung endgültig diskreditiert, nachdem sie sich schon lange in der Defensive befand wegen der immer deutlicheren Anzeichen von wachsender weltweiter Armut und Ungleichheit. Als der viel begrüßte Prozess der Interdependenz von Finanzen und Handel sich umkehrte, wurde er zum Treibriemen nicht etwa von Wohlstand, sondern von ökonomischer Krise und Zusammenbruch.

Ende einer Ära

In ihren Reaktionen auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise legten die Regierungen ein Lippenbekenntnis zur globalen Koordinierung ab, beeilten sich aber, getrennte Programme zur Stimulierung der nationalen Märkte aufzulegen. Damit verabschiedeten sich die Regierungen stillschweigend vom exportorientierten Wachstum, das lange der Motor vieler Wirtschaften gewesen war und dem die Patentrezepte zur Förderung der Handelsliberalisierung galten, die, durch Komplettierung der Doha-Runde der

Handelsbeziehungen unter der Regie der WTO, ein Gegenmittel zum globalen Abschwung sein sollten. Inzwischen bricht sich die Erkenntnis Bahn, dass es keine Rückkehr zu einer Welt geben wird, die im Kern von ausgabefreudigen amerikanischen Konsumenten abhängt, da viele von diesen bankrott sind und niemand ihre Stelle eingenommen hat.

Gleichgültig ob diese Maßnahmen nun international vereinbart oder einseitig durch nationale Regierungen getroffen worden sind, wird dem Finanzkapital, dessen ungehinderte Mobilität der Hauptfaktor der

gegenwärtigen Krise war, ganz sicher ein umfangreiches Bündel von Beschränkungen auferlegt werden.

Der intellektuelle Diskurs hat jedoch noch nicht viele Anzeichen für einen solchen Bruch mit der orthodoxen Lehre aufzuweisen. Mit seiner Betonung von Freihandel, dem Primat von Privatkapital und einer stark reduzierten Rolle des Staates bleibt der Neoliberalismus weiterhin das herrschende rückständige Denkmodell bei politischen Entscheidungsträgern. Ins System integrierte Kritiker des Marktfundamentalismus wie Joseph Stiglitz oder Paul Krugman haben sich in endlose Debatten darüber verwickeln lassen, wie umfangreich Förderprogramme zu sein hätten, ob der Staat sich weitere Interventionen vorbehalten sollte oder ob die Gesellschaften und Banken nach ihrer Stabilisierung wieder dem privaten Sektor überlassen werden sollten. Während sie deren sozialen Kosten beklagen, glauben solche Kritiker wie Stiglitz weiter an das, was sie für den wirtschaftlichen Nutzen der Globalisierung halten.

Die Trends sind aber im Begriffe, sowohl die Apologeten als auch die Kritiker der neoliberalen Globalisierung zu überholen, wobei bis vor wenigen Jahren noch als unmöglich erachtete Entwicklungen mit voller Kraft Fahrt aufnehmen. „*Die Integration der Weltwirtschaft ist an beinahe allen Fronten auf dem Rückzug,*“ schreibt „The Economist“. Während das Magazin einerseits sagt, dass die Gesellschaften weiterhin an die Effizienz globaler Versorgungsketten glauben, so „*sind diese Ketten immer nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Ein gefährlicher Punkt wird erreicht sein, wenn die Firmen feststellen, dass diese Art der Organisation von Produktionsprozessen der Vergangenheit angehört.*“

„Deglobalisierung“ – so der Begriff, den „The Economist“ mir zuschreibt – ist eine Entwicklung, die das Magazin – diese erstarrte Inkarnation der marktliberalen Ideologie – mit negativem Vorzeichen versieht. Ich glaube jedoch, dass die Deglobalisierung eine Chance bedeutet.

Tatsächlich haben meine Kollegen und ich bei 'Focus on the Global South' Deglobalisierung bereits vor beinahe einem Jahrzehnt als umfassendes Paradigma zur Ablösung der neoliberalen Globalisierung thematisiert, als nämlich die von letzterer ausgelösten Spannungen und Widersprüche in schmerzhafter Weise offenkundig wurden. Ursprünglich vor allem als Alternative für Entwicklungsländer ausgearbeitet, ist das Paradigma der Deglobalisierung auch nicht ohne Bedeutung für die zentralen kapitalistischen Ökonomien.

Die 11 Säulen der Alternative

Das Paradigma der Deglobalisierung umfasst 11 Kernpunkte:

1. Statt der Produktion für den Export muss die Produktion für den **Binnenmarkt** wieder das Gravitationszentrum der Wirtschaft werden.

2. Das **Subsidiaritätsprinzip** sollte im wirtschaftlichen Leben hochgehalten werden durch Förderung der Warenproduktion auf den Ebenen der Gemeinschaft und des Staates, sofern dies bei vernünftigen Kosten geleistet werden kann, um die Gemeinschaft zu bewahren.

3. Die **Handelspolitik**, d.h., Quoten und Zölle, sollte eingesetzt werden, um die lokale Wirtschaft vor der Zerstörung durch subventionierte Waren mit Dumpingpreisen zu schützen.

4. Die **Industriepolitik** – einschließlich Subventionen, Zöllen und Handel – sollte verwendet werden, um den Sektor der industriellen Produktion zu revitalisieren und zu stärken.

5. Lange aufgeschobene Maßnahmen zur gerechten **Umverteilung** des Einkommens und des Landbesitzes (einschließlich einer städtischen Landreform) können einen vitalen Binnenmarkt schaffen, der als Anker für die Wirtschaft dient und lokale Finanzressourcen für Investitionen bereitstellt.

6. Verlagerung des Schwergewichts vom Wachstum auf die Verbesserung der **Lebensqualität** und auf die Maximierung von **Gerechtigkeit** wird die Schieflage der Umwelt vermindern.

7. Die Entwicklung und Verbreitung von **umweltfreundlich** kongenialer Technologie in Landwirtschaft und Industrie sollte gefördert werden.

8. Wirtschaftliche Entscheidungen von strategischer Bedeutung können nicht dem Markt oder Technokraten überlassen werden. Stattdessen sollte die Reichweite **demokratischer Entscheidungsfindung** in der Wirtschaft erweitert werden, so dass alle wirklich entscheidenden Fragen Gegenstand demokratischer Diskussion und Entscheidung werden, etwa solche Fragen wie: welche Industrien sollen entwickelt, welche sollen zurückgefahren werden; welcher Teil des Staatshaushaltes soll für die Landwirtschaft verwendet werden etc. –

9. Die **Zivilgesellschaft** muss den privaten Sektor und den Staat überwachen; ein Prinzip, das institutionalisiert werden sollte.

10. Die **Eigentumsverhältnisse** sollten in eine „gemischte Wirtschaft“ transformiert werden, die kommunale Kooperativen,

private und staatliche Unternehmen umfasst und transnationale Gesellschaften ausschließt.

11. Zentrale globale Institutionen wie Weltwährungsfonds und Weltbank sollten durch **regionale Institutionen** ersetzt werden, die nicht auf Freihandel und Mobilität des Kapitals gegründet sind, sondern auf Prinzipien der Kooperation, welche „*die Logik des Kapitals überschreiten*“, um es in den Worten von Hugo Chavez bei der Beschreibung der Bolivarischen Alternative für Amerika (ALBA) zu sagen.

Vom Kult der Effektivität zu effektiver Wirtschaft

Das Paradigma der Deglobalisierung zielt darauf ab, die Ökonomie der eng gefassten Effizienz zu überwinden, in welcher das Hauptkriterium die Verminderung der Stückkosten ist, ungeachtet der sozialen und ökologischen Destabilisierung durch diesen Prozess.

Es bedeutet ein System der ökonomischen Kalkulation zu überwinden, von dem John Maynard Keynes sagt, „*dass es die ganze Lebensführung ... in das Paradox eines Buchhalteralpträumes*“ verwandelte.

Eine effiziente Ökonomie stärkt vielmehr die soziale Solidarität, indem sie die Operationen des Marktes den Werten der Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaft durch Vergrößerung des Bereiches der demokratischen Entscheidungsfindung unterordnet.

Der Deglobalisierung geht es darum, die „Wiedereinbettung“ der Ökonomie in die Gesellschaft zu erreichen anstatt es dabei zu belassen, dass die Gesellschaft von der Ökonomie getrieben wird – um es in den Worten zu sagen, die der große ungarische Denker Karl **Polanyi** in seinem Buch 'Die große Transformation' verwendet.

Das Paradigma der Deglobalisierung stellt auch die These auf, dass ein „Einheitsgrößenmodell“ wie der Neoliberalismus oder der zentralisierte bürokratische Sozialismus dysfunktional und destabilisierend ist. Stattdessen sollte Diversität wie in der Natur erwartet und gefördert werden.

Es gibt gemeinsame Prinzipien einer alternativen Ökonomie, die sich im Kampf gegen und in kritischer Reflexion über das Versagen des zentralisierten Sozialismus und des Kapitalismus herausgebildet haben. Wie jedoch diese Prinzipien, von denen ich die wichtigsten oben skizziert habe, konkret ausformen, wird von den Werten, Rhythmen und den strategischen Entscheidungen einer jeden Gesellschaft abhängen.